

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

28. Sitzung (12.06.1835)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

XXVIII. öffentliche Sitzung der zweiten Kammer der Landstände.

Karlsruhe den 12. Juni 1835.

In Gegenwart der Herren Regierungskommissäre Staatsminister v. Dürckheim, Staatsminister Winter und Ministerialrath Regenaer; sodann sämtlicher Mitglieder der zweiten Kammer, mit Ausnahme der Abgeordneten Hoffmann, Mittermaier und Mohr.

Unter dem Voritze des ersten Vicepräsidenten Duttlinger.

Der Vicepräsident macht den Bestand folgender neu gewählten Kommissionen bekannt:

- 1) für die Motion des Abg. v. Kottek, gehend auf die auf verfassungsmäßigem Wege zu bewirkende Ergänzung und Sicherstellung der Verfassung, bestehend aus den Abgeordneten

v. Ißstein,
Weller,
Gerbel,
Grimm und
Lrefurt;

- 2) für den Gesetzentwurf über die Aufhebung der ärarischen Bannrechte, bestehend aus den Abgeordneten

Ziegler,
Obkircher,
Kettig v. E.,
Stösser und
Mördes;

- 3) für den Gesetzentwurf wegen Herabsetzung des persönlichen Steuerkapitals, bestehend aus den Abgeordneten

v. Dürheimb,
Bölder,
Aschbach,
Seramin und
Selgam.

Das Secretariat macht hierauf folgende neue Eingaben bekannt:

- 1) der Gemeinderäthe und Bürgerausschüsse von Murg, Rhina, Binzgen, Hänert, Oberhof, Niederhof, Harpoldingen und Rippoldingen gegen den Zollverein;
2) der Bürger in Walldorf für den Zollverein;
3) des Gemeinderaths von Mappach für denselben;
4) des Frh. Lrefzer, vormaligen Soldaten in Wiesleth um Pension;
5) des Jacob Kuttler, vormaligen Soldaten in Etsholzen um Pension.

Außerdem übergeben noch Petitionen:

der Abg. Gerbel

- 6) des Commerzienraths Newhouse in Mannheim, die Anlegung einer Eisenbahn von Mannheim nach Basel betreffend;

v. Dürheimb

- 7) der Gemeinden Malterdingen und Rönndringen gegen den Beitritt zum Zollverein;

Leiblein

- 8) fünfzehn Vorstellungen von den Gemeinden der Amtsbezirke Krauthheim und Borberg für den Beitritt zum Zollverein;

Aschbach

- 9) der Städte Säckingen und Kleinlaufenburg gegen den Zollverein;

Tröttschler

- 10) der Ortsvorgesetzten in Rickenbach gegen den Beitritt zum Zollverein;

Trefurt

- 11) der Gemeinde Destrungen um Herstellung einer Straße von Aglasterhausen über Sinsheim bis Ringolsheim;

Lang

- 12) des Anton Walter und Consorten von Oberschopfheim, Verminderung von Ablösungskapitalien betr.;

v. Vogel

- 13) der Stadtgemeinde Wiesloch für den Beitritt zum Zollverein, ferner
14) mehrerer Gemeinden des Amtsbezirks Wiesloch, die Herstellung einer Straße von Aglasterhausen nach Ringolsheim auf Staatskosten betr.;

Schaff

- 15) der Gemeinde Hochhausen am Neckar für den Beitritt zum Zollverein.

Grimm: Es ist mir eine Zuschrift mehrerer Gemeinden aus meinem Bezirke in Betreff des Beitritts zu dem Zollverein zugelommen, eignet sich aber, da sie nur an mich gerichtet ist, weder zur Uebergabe als Petition, noch zur Berichterstattung. Da indessen so viele Petitionen theils für, theils gegen eingelommen sind, so scheint mir diese Aufforderung aus einem Bezirke, aus welchem noch keine Petition dieser Art vorhanden ist, gewissermaßen zur Bervollständigung der Akten zu gehören, und ich werde daher blos in dieser Rücksicht das fragliche Schreiben übergeben. Da indessen jene Gemeinden wünschen, daß ihre Ansichten zur Kenntniß der Kammer kommen möchten, so bitte ich um die Erlaubniß, dieses Schreiben verlesen zu dürfen.

Serbel erklärt sich dagegen, da wahrscheinlich die meisten Mitglieder der Kammer mit solchen Schreiben aufwarten könnten.

Mördes: Ich bin nicht gegen die Verlesung des Schreibens, befinde mich aber in gleicher Lage und haste die an mich gerichteten Schreiben blos darum zurück, weil ich und gewiß auch viele andere Mitglieder die Ueberzeugung haben, daß die Kammer mit Petitionen in Beziehung auf die Entscheidung der wichtigen Frage, die doch nur nach allgemeinen Gründen und nicht nach einzelnen Rücksichten entschieden werden kann, übersättigt ist. (Beifall von vielen Seiten.)

Grimm: Wenn die Kammer das Schreiben nicht hören will, so will ich blos erklären, daß sämtliche Eingaben für den Beitritt zum Zollverein lauten.

Welker übergiebt

16) eine Petition von den Ettenheimer Amtsgemeinden gegen den Beitritt zum Zollverein, und bemerkt dabei: Diese Petition ist von sämtlichen Ortsvorgesetzten der sämtlichen Gemeinden dieses Wahlbezirks unterzeichnet. Es wird dabei erklärt, daß, wenn es nöthig gefunden werde, die einzelnen Mitglieder der Gemeinden Mann für Mann zu hören, sie auf englischem Petitionspapier die Unterschriften aller Einzelnen beibringen werden. Ferner muß ich bemerken, daß diese Petition schon am 25. Mai gefertigt worden ist, und nur durch einen Zufall, der die Kammer nicht interessirt, erst jetzt übergeben wurde. — Diese Gemeinden haben sich durchaus nicht durch die Beforgniß vor einer Erhöhung des Salzpreises bestimmen lassen, am wenigsten durch eine solche, welche etwa nach einem offensbaren Schreib- oder Sprachfehler von irgend einer Seite hätte vermutet werden können, sondern die Eingabe wird lediglich durch die eigenthümlichen örtlichen Verhältnisse begründet, worauf sich diese Gemeinden beschiden berufen. Endlich muß ich hinzusetzen, daß ich öffentlich mein Wort geben kann, diese Petition auch nicht entfernt mündlich oder schriftlich angeregt zu haben, was ich jedoch nicht darum bemerke, weil ich es nicht für erlaubt und unter gewissen Verhältnissen für Pflicht eines Abgeordneten halte, seinen Wahlbezirk in öffentlichen Angelegenheiten zu berathen, sondern weil man die Erklärungen achtbarer Bürger durch Unterschiebung falscher Veranlassung und Motive hat schwächen wollen und ihre Stimmen auch zum Theil unterdrückt hat, während Diejenigen, die für den Zollverein gestimmt waren, zur Kundgebung ihrer Gesinnungen ermuntert wurden.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir zugleich, jene Erklärung abzugeben, die ich mir gegen die Aeußerungen eines Herrn Regierungskommissärs vorbehalten habe, womit ich jedoch durchaus keine Streitverhandlung bezwecken, und keine Appellation an Leidenschaften, sondern blos einfach diejenige Erklärung vortragen will, die ich meiner Deputirtenehre schuldig zu seyn glaube. Es wird mich dann freuen, wenn die Mitglieder der Kammer eine ähnliche Erklärung auch ihrer Deputirtenehre schuldig zu seyn glauben.

In der vorletzten öffentlichen Sitzung hat einer der Herren Regierungskommissäre den bekannten Artikel in Nr. 148 der Karlsruher Zeitung als Wort für Wort seinen Ansichten entsprechend erklärt. Jener Artikel ist jetzt darum kein Zeitungsartikel mehr, sondern die Erklärung

eines Regierungskommissärs, die mit dem Befehl, daß sie dieses sei, in alle Zeitungsblätter übergegangen ist. Jene Erklärung enthält aber bekanntlich Insinuationen, Bedrohungen und Schmähungen gegen Diejenigen, die etwa der Sache des Zollvereins abgeneigt seyn möchten, und das Publikum hat dieselben als gegen einen Theil und an einen Theil der Kammermitglieder gerichtet, angesehen, und dieser Schein ist auf eine fast unbegreifliche Weise durch Anfang, Schluß und Inhalt jener Erklärung wirklich begründet worden, denn in letzterem heißt es, die gegen den Zollverein gerichteten Bestrebungen giengen von Karlsruhe, aber nicht von den Bewohnern der Residenz aus, und am Schluß ist beigefügt, man erwarte von der Mehrheit der gutgesinnten Deputirten, daß sie mit Kraft und Einsicht den Gegnern des Zollvereins entgegen treten werden, jenen metaphysischen Staatswirthen, jenen politischen Schwindlern, jenen Egoisten, die unter dem Schein des Patriotismus bloß ihrem gemeinen Eigennutz fröhnten, jenen Männern, die bloß der Regierung auf Kosten des Landes Hindernisse und Gefahren bereiten, jenen undeutsch gesinnten Männern, die dem Lande das Glück und die Segnungen eines Vereins mit 23 Millionen Deutschen rauben wollen &c. Ich glaube, daß, wenn diese Schmähungen, diese Insinuationen und der Schein, daß auch nur ein Botum in der Kammer dadurch bestimmt werden könnte, nicht mit aller Energie von hier aus zurückgewiesen werden, die Ehre der Kammer einen großen Stoß erleidet. Es will dadurch für's Erste, wie es scheint, vielen Mitgliedern der Kammer ein Zwang angethan werden, mit der Regierung zu stimmen, wenn sie den Vorwürfen und Drohungen ausweichen wollen, ein Zwang, der um so nachtheiliger wirken würde, da sich in dieser Kammer so viele achtungswürdige Beamte finden und durch beklagenswerthe Regierungsmaßregeln bei dem Schluß des vorigen Landtags wenigstens die Möglichkeit an den Tag gelegt ist, daß das Schicksal derselben auch von ihrer Kammerabstimmung abhängig gemacht werde. Es würde ferner ohne eine solche Zurückweisung das Botum der Kammer und zwar Derjenigen, die für, wie Derjenigen, die gegen den Zollverein sind, also der ganze künftig zu fassende Kammerbeschluß in einer der wichtigsten Angelegenheiten des Landes, worüber wir je zu beschließen hatten, schon zum Voraus mit einem Makel behaftet werden. Es wird endlich denjenigen Gründen, die in der Diskussion für und gegen unsere Ansichten vorgebracht werden, zum Voraus jene Kraft genommen, die wir wünschen müssen, daß sie sie

haben. Es würde allgemein heißen, entweder sei der Beschluß aus jenen Besorgnissen hervorgegangen, oder aber — wie es wenigstens den Schein haben könnte — ein Resultat jener revolutionären und undeutschen Gesinnungen.

Ich will mich hier gar nicht auf dasjenige einlassen, was jener von einem Regierungskommissär Wort für Wort angenommene Zeitungsartikel zum Preis des Zollvereins sagt, ich will auch meine Endabstimmung in dieser Sache frei behalten bis zum letzten entscheidenden Augenblick, und würde, falls ich gegen diese große Maßregel stimmen müßte, es nur mit Wehmuth thun, nach dem schönen Ausdruck eines Mitglieds der Kommission — mit Wehmuth, obgleich der einstimmige, auf örtliche Verhältnisse gegründete Wunsch meiner Committenten mir den Beitritt schwer macht. Dabei wäre es aber keine Verneinung auf Ewigkeit, sondern nur eine Verneinung für den Augenblick, nach den gegenwärtigen Bedingungen des Vereins. Aber mit gerechter Indignation weise ich alle jene Insinuationen, jene Schmähungen und Drohungen und den Schein, mich dadurch bestimmen zu lassen, weit weg. Stolz bin ich darauf, nach meiner Persönlichkeit dieses thun zu dürfen. Ich habe dem wahren Frieden und dem wahren Wohl unseres Landes und des allgemeinen deutschen Vaterlandes von dem ersten Augenblick an, wo ich als Mann öffentlich wirken konnte, freiwillige Opfer gebracht. Ich weise Schmähungen zurück und Sie alle werden es mit mir thun.

Wohin sollte es kommen, wenn auf diese Weise so wichtige Angelegenheiten, wie diese, behandelt werden sollten? Würden Sie nicht Alle Ihre laute Mißbilligung zu erkennen geben, würden nicht die Regierungskommissäre mit dem Ordnungsruf den Gegnern des Zollvereins entgegentreten, wenn dieselben ihrerseits etwa die Absichten der Regierung auf ähnliche Weise angreifen wollten, wenn jene ihrerseits sagen wollten, nicht im Interesse des Landeswohls, sondern aus Rücksicht auf hohe Mächtige, aus Rücksicht auf unwürdige Interessen hätten die Minister den Vertrag abgeschlossen, nicht aus Rücksicht auf das allgemeine Wohl, sondern zum Vortheil ihrer besonderen Privatbeutel, auf Kosten der übrigen Mitbürger stimmten die Freunde des Zollvereins für denselben. Weg also mit einer solchen Art von Verhandlung, weg mit solchen Mitteln, die Verhandlungen so oder so zu bestimmen. Man wird aber auch wohl dadurch die Stimmen Derjenigen, die etwa gegen den Zollverein sich erklären, nicht zum Voraus entkräften, und nicht

mit einem Makel behaften, indem man ihre Stimmen als aus politischer Schwinderei hervorgehend betrachten will.

Nein, meine Herren, aus politischer Schwinderei werde ich, wenn ich dagegen stimme, gewiß nicht stimmen. Mir, als Schriftsteller, machte man nie den Vorwurf eines politischen Schwindels, wohl aber den entgegengesetzten Vorwurf, daß ich zu sehr an historischen und erfahrungsmäßigen Verhältnissen festhalte. Ich habe freilich zuweilen einen andern Vorwurf, einer andern politischen Schwinderei gehört, für einen Optimisten wurde ich gehalten, der zu festes unbedingtes Vertrauen auf große hohe Verheißungen, auf die Unantastbarkeit der Verfassung und die Grundverträge setzt. Von diesem politischen Schwindel aber werden diejenigen, die davon angegriffen worden, leider durch manche Maßregeln von Tag zu Tag mehr geheilt. Auch in den Kammerverhandlungen sind wir Alle so ziemlich auf ebenem Boden geblieben, und selbst jene Motionen, die freilich Manchem nicht gefallen haben mögen, nämlich die Motionen über Pressfreiheit, über ein wohlfeileres und mehr sicheres Wehrsystem, über eine consequente Ausbildung der Bundesverfassung, entweder als rein volkrechtlicher Bund, oder als staatsrechtlicher Bundesstaat, sind keine politischen Schwindereien. Sie selbst, meine Herren, haben ihnen allen die Zustimmung gegeben, tausend und aber tausend deutsche brave Männer aus allen Gegenden unsers großen deutschen Vaterlandes geben noch jetzt ihre Zustimmung, und sehen nur in deren Verwirklichung die Verbürgung der Sicherheit der Ruhe und des Friedens. Aus politischem Schwindel wird also nie meine Stimme in Beziehung auf die Zollvereinsache fließen, und gewiß auch nie in dieser Richtung verdächtig werden können. Wohl aber gestehe ich umgekehrt, daß ich mich bis jetzt noch durch den Anschluß an den Zollverein eines politischen Schwindels schuldig zu machen glaube, und ich würde mit Freude mein Ja aussprechen, wenn man mir beweisen kann, daß ich dessen dadurch nicht schuldig würde.

Die schöne Idee einer Freiheit des Handels, eines freien Verkehrs und einer engeren Verbindung der deutschen Völker unter sich, begeistert auch mein Herz. Beweise man mir also, daß gar kein politischer Schwindel mit unterläuft, wenn man diesen Verein als einen bloß und allein dem deutschen Interesse dienbaren Verein erklärt! Beweise man, daß gar kein Schwindel mit unterläuft, wenn ich ihn als eine Begründung von wirklicher Freiheit des Verkehrs, und

endlich wenn ich ihn als auf gleichen Bedingungen und festen Rechtsgarantien beruhenden Verein erklären höre. Dieses habe ich aber bis jetzt nicht finden können, und ich gestehe, daß ich, abgesehen von allem Uebrigen, die eine Hauptgarantie, nämlich die Pressfreiheit, vermisse. Aber hier gerade wird man politischen Schwindel finden wollen! Allein ich weiß zum Glück, daß diejenigen Staatsmänner, die in der ganzen Welt am freisten von allem Vorwurf politischen Schwindels sind, nämlich die englischen und nordamerikanischen Staatsmänner, nicht einmal die Interessen der Mitglieder einer Gemeinde, viel weniger einer Provinz oder gar eines einfachen Staats für hinreichend controlirt halten, ohne jenes große Mittel der allseitigen Wahrung ihrer Interessen, d. h. ohne daß allen Betheiligten freies Ohr und Auge und freies Wort in Beziehung auf ihre Interessen zugestanden ist. Was würden nun diese Staatsmänner sagen, wenn ohne diese wesentliche Garantie und Controlle dreißig verschiedene kleine deutschen Staaten, mit großen, zum Theil europäischen Staaten, ihre wichtigsten, allgemein durchgreifenden, finanziellen, ökonomischen und merkantilischen Interessen gewissermaßen in eine Masse zusammenwerfen, und großen Theils durch geheim verhandelnde Beamte bestimmen lassen, die über die Ansätze von Zöllen und die laxere oder strengere Durchführung dieser oder jener Maßregel verfügen. Verfügungen, wodurch tausend und aber tausend bekannte und selbst noch unbekanntere Interessen unserer Mitbürger getroffen, Fabriken, ganze Fabrikgegenden und Provinzen begünstigt oder in Nachtheil und Verderben geführt werden können. Alles dieses soll beschloffen werden, ohne freies Ohr und ohne freie Sprache für die gemeinschaftlichen Interessen! Beweise man mir, daß kein politischer Schwindel durchläuft, wenn ich auf diese Weise das Wohl meines jetzt noch blühenden Volkes in eine unsichere Lage versetze, ganz ohne Controlle, während jeder Familienvater seine Vermögensinteressen, selbst wenn er auf große Vortheile sich Hoffnung machen könnte, nicht mit denen seines Nachbarn zusammenwerfen würde, falls er keine genügende Garantie hätte. Ich sage, beweise man mir dieses, und dann trete ich mit Freuden bei. Spielen aber darf ich nicht mit dem Wohl des Landes. Ich ehre und achte fremde Ueberzeugungen. Ueber unsere Gesinnungen wird ein höherer Richter richten, über die Weisheit unserer Ansichten wird eine nicht ferne Zukunft entscheiden. Darin sind wir aber einig, daß wir jene Anschuldigungen und Insinuationen in jenem bekannten Artikel

und einer Reihe anderer Artikel in der censirten Karlsruher Zeitung als unserer unwürdig, und auf unsere Abstimmung durchaus nicht im mindesten Einfluß habend, von uns weisen müssen, worauf ich hiermit antrage.

Staatsminister Winter. Meine Herren! Man kann eine gewisse Liebhaberei haben in Speisen. Es ist eine Liebhaberei wie eine andere auch, aber das müssen Sie mir zugestehen, ein aufgewärmter Kohl ist eine schlechte Speise. Wenn ein Mann drei bis vier Jahre seines Lebens mit Anstrengung aller seiner Kraft und Fähigkeit an einem Unternehmen arbeitet, das er für das Glück seines Landes hält; wenn er zum Schluß dieses Unternehmens gelangt, und das Resultat seiner Bemühungen öffentlich vorlegt, und dieses Resultat wird nicht bloß angegriffen aus inneren und wahren Gründen, sondern wenn dagegen unwahre, ich könnte sogar sagen, verläumderrische Gerüchte im Volke verbreitet werden; wenn Personen sich öffentlich so ausdrücken, meinetwegen unvorsichtig oder vorsichtig, daß man glauben muß, und nicht anders glauben kann, als diese Gerüchte sind wahr, und von Personen ausgehend, von denen sie nicht hätten ausgehen sollen, und dieser Mann dann im gerechten Unwillen, ich könnte sagen Grimm, sich einiger Worte bedient, die er bei ruhigem Gemüthe nicht gebraucht haben würde: so verdienen solche Ausdrücke nicht bloß Entschuldigung, sondern sogar eine Rechtfertigung, die ich mir getraute auszuführen. Nun ist vor etwa vierzehn Tagen ein Artikel dieser Art in der Karlsruher Zeitung gestanden, der aber gar nicht hierher gehört. Er ist gleichwohl in der Kammer zur Sprache gebracht worden und darüber ein Zwist ausgebrochen; diejenigen Mitglieder der Kammer, die sich dadurch beleidigt glaubten, haben augenblicklich darauf geantwortet, und sie haben ihre Rechte, die sie verletzt glaubten, gewahrt. Auf den Antrag des großen Theils der Kammer ist man zur Tagesordnung übergegangen, und hat mit Ruhe über den Gegenstand derselben discutirt. Jetzt, nach vierzehn Tagen, bringt der Abg. Welcker diesen Gegenstand, welcher damals schon der Kammer sehr unangenehm war, wieder zur Sprache, und macht ihn zum Gegenstand der heutigen Verhandlung. Ich ersuche deshalb die Mitglieder der Kammer über diesen Gegenstand nicht weiter zu discutiren, sondern zur Tagesordnung überzugehen.

Vizepräsident Duttlinger: Ich habe zu bemerken, der Abg. Welcker hat sich in jener Sitzung, in welcher der nämliche Gegenstand zur Sprache gebracht wurde, das

Wort erbeten, für eine der kommenden Sitzungen, und die Kammer hat damals keine Einsprache gegen dieses Begehren erhoben. Es wäre nicht in meiner Macht gewesen, ihm das Wort zu versagen.

Schaaff: Der Abg. Welcker beabsichtigt, einen in der Karlsruher Zeitung erhobenen Krieg, welcher in einer frühern Sitzung zur Sprache gekommen, und bereits abgethan ist, von Neuem wieder in die Arena der Kammer herüber zu spielen. Ich wollte dieses gelten lassen, ich wollte ihn selbst noch unterstützen, wenn irgend Jemanden, der sich durch jenen Zeitungsartikel beleidigt gefühlt hat, es verweigert worden seyn würde, in der nämlichen oder einer andern Zeitung des Landes, darauf zu antworten. Das ist aber nicht geschehen, und so glaube ich, daß der Abg. Welcker unrecht daran gethan hat, diese Sache abermals in die Kammer zu bringen. Ueberhaupt sehe ich nicht ein, wie Mitglieder dieser Kammer durch den fraglichen Zeitungsartikel sich angegriffen finden können. Es ist in jenem Aufsatz die Rede von „Vollsaufwieglern.“ Kein Mitglied der Kammer kann sich hierdurch getroffen fühlen. Der Abg. Welcker sagt, die Ehre, die Würde der Kammer fordere es, daß man die Schmähungen, die jener Aufsatz enthalte, entschieden zurückweise.

Meine Herren! wenn die Mitglieder der Kammer zur Rettung ihrer Ehre und Würde auf alles hier antworten müßten, was in öffentlichen Blättern gegen sie gesagt worden, und muthmaßlich noch gesagt wird, so müßten wir den Landtag permanent erklären. Sie haben aus dem fraglichen Zeitungsartikel die Stelle herausgehoben, daß man allen jenen Mitgliedern, die sich gegen den Anschluß an den allgemeinen Zollverein erklären, Unverstand zuschreibe, daß man ihnen die Außerachtlassung des Wohls des Landes vorwerfe. Meine Herren! Erinnern Sie sich, welche Vorwürfe und Beleidigungen denen gemacht worden sind, die es wagen sollten, sich gegen die Einführung der unbeschränktesten Pressfreiheit zu erklären? Hat man ihnen nicht allen Verstand rein abgesprochen, hat man sie nicht für Hochverräther an der deutschen Nation deklariert, und dergleichen mehr! Wenn sich damals die auf solche Weise angegriffenen Deputirten in diesem Saale hätten vertheidigen müssen, was würde daraus entstanden seyn?! —

Ich stelle daher den Antrag zum Uebergang auf die Tagesordnung.

v. Rottck: In der Eigenschaft als Mitglied der Kam-

mer unterstütze ich die Ansichten des Abg. Welcker, und adoptire Wort für Wort seinen ganzen Vortrag. Es ist nicht eine einzige Sylbe darin, die nicht ganz vollkommen der Wahrheit, so wie den Rechten, der Ehre und den Pflichten eines Deputirten gemäß ist. Wäre die Kammer das letzte Mal, wo ein wenig erbaulicher Auftritt Statt fand, nicht so schnell zur Tagesordnung übergegangen, in der ungegründeten Besorgniß, daß der Streit noch heftiger entbrennen werde, so würde sie sich ohne Zweifel auf eine ihrer Würde angemessene Weise über diesen ganzen Vorfall ausgesprochen haben, und die Sache würde dann wahrscheinlich zu allseitiger Befriedigung erledigt oder ausgeglichen worden seyn. Man hat aber aus einem, zwar lobenswürdigen, doch in Beziehung auf die Wirkung nicht wohl berechneten Motiv, vorgezogen, zur Tagesordnung überzugehen, und die fernere Verhandlung, von deren Nothwendigkeit man doch überzeugt war, auf eine Zeit zu verschieben, wo die Aufregung sich wieder würde gelegt haben, und man kälter, besonnener und ruhiger die Sache so verhandeln könne, wie sie es eigentlich fordert, nämlich mit möglichster Beachtung aller Verhältnisse und Rücksichten. Man hat es nun aber einmal so gewollt, und der Abg. Welcker hat sich deshalb ausdrücklich eine Erklärung vorbehalten, welchem Vorbehalt er jetzt entsprochen hat, und wofür ich ihm meinen Dank sage. Die Kammer hat in Beziehung auf diese Erklärung, wenn sie sich dieselbe zu eigen macht, alles gethan, und zugleich nicht mehr gethan, als was sie sich selbst schuldig ist, und was das Volk und die öffentliche Meinung zuverlässig von ihr erwartet. Die Bemerkungen des Abg. Schaaff gegen den Abg. Welcker treffen durchaus nicht. Sie zielen auf ganz andere Dinge hin, als auf diejenigen, von denen der Abg. Welcker sprach. Wie viele Beschimpfungen, sagt er, seien über die Kammer und die einzelnen Mitglieder schon ergangen! Ja, von der Mannheimer Zeitung, die zwar unter Censur stand, der man aber verachtend jede Sünde verzeihen konnte. Jene Aufsätze indessen wurden nicht von der Regierungskommission sich zu eigen gemacht, was einen wesentlichen Unterschied macht; und wenn der Abg. Schaaff sagt, es sollen die Gegner sich gegen diese Ausfälle vertheidigen, sie sollen in den öffentlichen Blättern darauf erwidern, so klingt ja dieses fast wie Spott. Weiß denn der Abg. Schaaff, der selbst Censor war, nicht mehr, daß die Censur fortbesteht, und alles streicht, was ihr eben einmal mißfällt?

Schaaff: Wenn die Censur streicht, dann mag man hier sprechen.

v. Rotteck fortfahrend: In diesem Augenblick erhalte ich aus meinem Hause die Nachricht, daß ein Aufsatz über den Zollverein nicht gedruckt werden dürfe, den ich vor meiner Rückkehr von Freiburg hierher in die Freiburger Zeitung gegeben, und den ich vorher höchst achtungswürdigen Männern zur Prüfung vorgewiesen hatte, deren Namen allein eine genügende Garantie für die große Mäßigung und besondere Rücksichtnahme, mit der dieser Aufsatz geschrieben war, leisten würde, ein Aufsatz, welcher gar nichts enthält, als die Aufforderung, zu einer freien Besprechung dieser hochwichtigen Angelegenheit, und nur eine Reihe von Fragen aufstellt, deren bejahende oder verneinende, mit Gründen belegte Beantwortung, auf Jedem im Volke, der dieser Sache einen Blick zuwirft, von Einfluß und Interesse gewesen wäre; welcher Aufsatz endlich mit dem Wunsche schließt, daß diese Fragen frei möchten beantwortet werden, damit die auf einer oder der andern Seite Irrenden möchten belehrt werden, und auf keiner Seite eine Täuschung Statt finde. Dieser Aufsatz gieng von der Voraussetzung aus, die ich immer festhalte, daß man von höherer Seite der freien Besprechung und Bekanntmachung der Wahrheit in Beziehung auf dasjenige, was so tief unsere Interessen berührt, nichts in den Weg legen, und man sich von dem Vorwurf frei halten werde, bloß diejenige Seite, die eben genehm ist, zu hören, und alles dasjenige, was nicht angenehm ist, zu unterdrücken, den Bürgern den Mund zuzuhalten, das Wort zu ersticken und gewissermaßen dadurch Kunde zu geben, daß man die Kraft nicht habe, dasjenige zu widerlegen, was von der andern Seite etwa könnte entgegen gehalten werden. So eben, sage ich, erhalte ich von der Redaction der Freiburger Zeitung folgende Nachricht:

„Da die Censur dem beifolgenden Aufsatz das *Imprimatur* verweigerte, so lassen wir ihn an den ehrenwerthen Verfasser zurückgehen.“

Es wurden also nicht bloß einzelne Stellen gestrichen, die vielleicht einer übertriebenen Empfindlichkeit mißfällig seyn konnten, sondern der ganze Artikel von oben bis unten soll nicht an das Tageslicht kommen, weil er einige bescheidene Zweifel über die ausnahmslose Vortrefflichkeit dieses Zollvereins aussprach, und bloß zur freien Besprechung einer uns nahe, sehr nahe angehenden Sache aufforderte. Bei so bewandten Umständen erscheint dasjenige, was der Abg.

Welker über die bedrohte Freiheit der Stimmgebung gesagt hat, von tiefgehender niederschlagender Wahrheit; denn wer wird glauben, daß die Kammer eine freie Stimme habe, da man auch dem Volke den Mund zuschließt? Es ist dies eine unglückliche Maßregel, die, wenn die Mehrheit der Kammer das Recht, das hier verletzt ist, anerkennt, auf das Gedeihen des Ganzen nothwendig einen nachtheiligen Einfluß, statt eines vortheilhaften haben wird. Was übrigens mich betrifft, so erkläre ich in Beziehung auf diese Unterdrückung der Stimmenfreiheit, daß ich, da nun so viele Petitionen schon eingekommen sind, allerdings auf die Summe derselben das große Gewicht nicht lege, was ich darauf legen würde, wenn im ganzen Lande freie Abstimmung und freie Eingaben Statt gefunden hätten. Nach dem Standpunkt, auf den ich mich jetzt aus innigster Ueberzeugung und in Uebereinstimmung der so klar vorliegenden Beschaffenheit der Sache gestellt habe, anerkenne ich jetzt dreierlei Petitionen, die vor die Kammer gebracht worden sind oder gebracht werden können:

Erstens Die freien Petitionen, die aus eigenem Antriebe, aus der Kenntniß der wahren eigenthümlichen Interessen der Wahlbezirke oder Classen, sei es aus irriger oder wahrer, so doch aufrichtiger Ueberzeugung hervorgegangen, und zum Theil allerdings für, doch, wie mir scheint, zum größeren Theil gegen den Zollverein sind.

Die zweite Classe der Petitionen heiße ich die *commandirten*, und diese zähle ich für gar Nichts.

Und die dritte Classe, die gewiß sehr zahlreich ist, nenne ich die *unterdrückten* oder *verhinderten* durch Autorität und Schrecken. Diese sind freilich nicht sichtbar vorhanden, aber sie schweben mir in außerordentlicher Anzahl im Geiste vor, und die Unterdrückung, die Statt fand, hält mich nicht ab, sie doch zählend in die Wagschale zu legen.

So viel in Beziehung auf den Vortrag des Abg. Welker, der ganz in meinem Sinne sprach.

In Beziehung auf mich selbst will ich nur noch das sagen, daß ich, ob ich gleich persönlich mit Unrecht beleidigt worden bin, doch den Streit nicht wieder aufzunehmen gedenke. Die schnell beschlossene Tagesordnung hat zwar den Lauf einer Selbstvertheidigung unterbrochen, und ich hätte deshalb auch das Recht, dasjenige noch weiter zu sagen, was zur Verhütung etwaiger Mißverständnisse außer der Kammer noch nothwendig seyn könnte. Ich verlasse mich aber

auf die Meinung des Volke, deren ich mich erfreuen zu können glaube, und besorge nicht, daß ein Schatten dadurch auf mich fallen werde, weil man mir begegnet ist, wie man einem Kammermitglied und Volksvertreter nicht begegnen sollte. Nur das habe ich zu sagen, daß ich außer der schon in jener Sitzung wiederholt und ausdrücklich gegebenen Erklärung, daß es durchaus unwahr sei, als hätte ich von dem Salzpreis irgend etwas geschrieben, also mittelbar oder unmittelbar jene so viel besprochene Stelle des Briefes veranlaßt, dennoch, obgleich schon diese Versicherung bei denen, die mich kennen, zum vollen Beweis der Wahrheit hingereicht hätte, weitere ganz handgreifliche Beweise auf dem Weg der Privatmittheilung vorgelegt habe, die selbst einen Blinden hätten überzeugen müssen, wenn er nur hätte greifen wollen. Ich erkläre nun, daß ich nach gemachter Vorlage solcher urkundlichen Beweise, mich der Erwartung überließ, es werde aus freien Stücken von Seiten dessen, von dem die Beleidigung herkam, eine Ehrenerklärung erfolgen. Ich habe sie erwartet, nicht eigentlich in meinem Interesse, denn dieses bedarf es nicht, sondern mehr im Interesse des Gegners selbst, weil, wenn es auch zu entschuldigen ist, wie ich es wirklich entschuldige, daß man in der Aufregung ein Wort zu viel sagt, denn das geschieht häufig, und man lese nur die Verhandlungen des englischen Parlaments, wo es oft weit schärfer zugeht, es löblich und edel ist, wenn man später anerkennt, man habe dem Andern Unrecht gethan. Dadurch erweist man sich selbst eine größere Wohlthat, als dem Andern, der beleidigt wurde. Nachdem ich dieses Wenige in Beziehung auf mich selbst bemerkt habe, kehre ich auf den Hauptantrag zurück, daß sich die Kammer das, was der Abg. Welker vorgetragen, zu eigen mache, und in ihrem Namen aussprechen möge, womit dann die Sache abgemacht seyn wird, und keine weitere unangenehme Erörterung nothwendig wäre.

Staatsminister Winter: Der Herr Deputirte sagt, der Aufsatz in der hiesigen Zeitung sei von der Regierungskommission als der ihrige erklärt worden. Dies ist aber nicht so. Man kann einen Aufsatz billigen; ohne ihn für den der Regierungskommission zu erklären. Wenn Sie sich in Masse gegen den Aufsatz erklären wollen, so habe ich nichts dagegen, aber dagegen muß ich mich verwahren, daß sie ihn zurückweisen, als gegen die Regierung gerichtet. Ich kann einen Artikel so annehmen, als wenn ich ihn selbst geschrieben hätte, daraus folgt aber nicht, daß ich dabei die Regierung

im Sinn gehabt habe, sondern meine eigene Person. Ich kann mich für einen Artikel erklären, es giebt aber keinen Grund gegen die Regierung aufzutreten, und ich muß mich dagegen feierlich verwahren. Man könnte ja auch den Inhalt eines Aufsatzes in materieller Beziehung vollkommen billigen, während man gleichwohl gegen die Form, in welche er eingelleidet ist, Manches einzuwenden hätte.

Der Abg. v. Rotteck beschwert sich, daß ihm die Insertion eines Aufsatzes in die Freiburger Zeitung verweigert worden sei. Ich muß ihm darauf antworten, es steht ihm ja darüber das Recht der Beschwerdeführung frei. Es ist schon oft der Fall vorgekommen, daß von der Censur die Aufnahme eines Artikels in ein öffentliches Blatt verweigert und auf erhobene Beschwerde dennoch gestattet worden ist.

v. Rotteck: Zu solchen Beschwerden habe ich kein großes Vertrauen; ich habe mich auch schon beschwert aber fruchtlos, und es liegt noch jetzt ein Aufsatz bei dem Staatsministerium, dem der Druck versagt wurde, obschon er nur gegen einen mit Censurverlaubniß erschienenen verläumdnerischen Artikel gerichtet war, allein jene Stelle hat meine Beschwerde ad acta gelegt.

Staatsminister Winter: Ich kann hier nicht einmal rathen, sich zu beschweren, weil der Abg. v. Rotteck den Inhalt des Aufsatzes nicht bezeichnet hat, der zuletzt vielleicht darauf hinausgeht, Volksversammlungen zu halten.

v. Rotteck: Nur schreiben für oder gegen den Zollverein soll man dürfen. Dieses allein will ich und keine Volksversammlungen. Wenn 20 Artikel für den Zollverein erschienen sind, so wünschte ich nur, daß auch wenigstens 2 dagegen erscheinen dürften.

Staatsminister Winter: Dagegen hebe ich nichts, daß der Herr Abgeordnete seine eigene Meinung ausspricht, aber recht viel habe ich dagegen, wenn das Volk aufgeregt werden soll. Ich sehe übrigens schon, wo der Aufsatz hin gewollt hat, und da hat der Censor gut gethan, den Druck zu verweigern. Wenn Sie bloß Ihre eigene Meinung niederlegen wollen, die so viel gilt, wie jede andere, so muß ich Ihnen dieses Recht zugestehen, aber Aufforderungen, daß die Leute zusammenkommen sollen, können wir nicht dulden. Abstimmungen auf legalem Wege hat Ihnen kein Mensch geweht, denn es sind einige 100 Petitionen für und gegen eingekommen, und es kommen noch jetzt welche ein, für die ich aber alle nichts gebe, und ich habe auch in meinem Aus-

schreiben die Beamten ersucht, sie möchten die Leute warnen, weil ich die Kammer für viel zu verständig halte, als daß sie auf die Stimmen Derjenigen hören würden, die die Sache nicht kennen, und darum auch nicht darüber zu urtheilen vermögen, da man doch nur über die Thatsachen, die man kennt, und über das, was man weiß, ein Urtheil fällen kann.

v. Rotteck: Man darf ja seine Meinung nicht äußern, und ich muß mich wundern, wie der Herr Minister den Inhalt meines von der Censur wirklich gestrichenen Artikels errathen will, ohne ihn je gesehen zu haben.

Staatsminister Winter: Der Abg. v. Rotteck hat ja selbst von dem Inhalt gesprochen.

v. Rotteck: Ich habe von freier Besprechung auf dem Wege der öffentlichen Blätter, d. h. davon gesprochen, man möge Artikel für und gegen aufnehmen, wobei ich dann die Voraussetzung ausgedrückt habe, daß die Regierung Denjenigen, die sich die Kenntniß zutrauen, über diese Frage Bescheid zu geben, und eine vernünftige, aus Sachkenntniß geschöpfte Ansicht auszusprechen, dieses gestatten werde und ich erkläre mich wiederholt zufrieden, wenn denen, die dagegen sprechen wollen, nur zwei Aufsätze erlaubt werden, wenn auch die Anderen, die dafür sprechen wollen, hundert einschicken.

Staatsminister Winter: Es wird überall auf den Ton ankommen, in dem eine Sache geschrieben ist. Bescheidene Aufsätze hat man nirgends verboten, so wenig als man verboten hat, Petitionen einzuschicken. Was übrigens die Sache selbst betrifft, so bitte ich im Interesse der Zeit und um nicht aufs Neue Aufregungen selbst in der Kammer zu veranlassen, zur Tagesordnung zu gehen.

Trefurt: Wenn es wahr wäre, daß es sich hier bloß um einen Zeitungsartikel handelt, so müßte ich alles das theilen, was der Abg. Schaff vorgetragen hat. Dem ist aber nicht so, sondern es handelt sich hier um die Thatsache, daß ein Regierungskommissär diesen fraglichen Artikel, welcher beleidigende Ausdrücke gegen die Kammer und einzelne Mitglieder enthält, von Wort zu Wort getheilt hat. Es lag hierin unstreitig, wenn von Volksverführern die Rede ist, — und so war die Form des Zeitungsartikels — und in der Beschaffenheit, wie ihn ein Regierungskommissär von Wort zu Wort getheilt hat, offenbar eine Verletzung der Ehre der Kammer. Ich hätte damals auch gewünscht, daß nicht so rasch zur Tagesordnung übergegangen worden wäre. Ich

halte für sehr gut, daß der Abg. Welcker diese Sache heute wieder zur Sprache gebracht hat. Denn ich glaube, daß wir dergleichen beleidigende Ausfälle, wenn sie von einzelnen Regierungskommissären ausgehen, im Interesse der Deputirtenehre zurückzuweisen haben, ich finde aber nicht für nothwendig, daß diese Zurückweisung von einem Kammerbeschluß ausgehen muß; ich bin überzeugt, die Majorität der Kammermitglieder wird diese Zurückweisung ohne Kammerbeschluß theilen. Ich theile die Entschuldigungsgründe, die wir für den Herrn Finanzminister gehört haben, der damals in der Aufwallung sprach.

Wenn die Schmähungen in dem fraglichen Zeitungsartikel in dieser Versammlung gesprochen worden wären, dann könnten wir uns mit einer bloßen Zurückweisung nicht beruhigen. Es ist wahr, in der Leidenschaft des Augenblicks wird nicht immer mit der gehörigen Ueberlegung gesprochen und ich bin überzeugt, daß wenn der Herr Regierungskommissär, welchem diese Worte damals entfallen sind, heute in dieser Versammlung gegenwärtig wäre, er anerkennen würde, daß er im Irrthum sei. Er würde dies Auerkenntniß geben, da wir ihm die Versicherung geben könnten, daß in Beziehung auf den Umstand, daß die Meinung wegen Erhöhung des Salzpreises auf einem Irrthum beruht, von Vielen unter uns dieser Irrthum bisher getheilt wurde; nach seiner Auskunft aber dachte Niemand mehr an eine Salzpreiserhöhung. Ich ehre den Irrthum, ob er auf den Vänten der Regierung oder auf denen der Abgeordneten vorkomme, und enthalte mich deshalb, überall da, wo ich solchen annehmen kann, eine böse Absicht zu unterstellen. Mit diesen Betrachtungen nun, schlage ich den Uebergang zur Tagesordnung vor.

Gerbel: Auch ich bin der Meinung, daß mit der Erklärung, wie sie der Abg. Welcker vorgeschlagen hat, nämlich der Zurückweisung der Angriffe, wie sie die Karlsruher Zeitung enthielt, zur Tagesordnung gegangen werde. Ich habe nie auf den Inhalt von Zeitungsartikeln Rücksicht genommen; sie sind mir gleichgültig, wie das Heer von Petitionen für und gegen den Zollverein. Hier handelt es sich aber um einen, von einem Minister, und zwar dem Herrn Finanzminister adoptirten Artikel und deshalb muß ich mich dagegen erklären. Ich gehöre nämlich zu Denjenigen, die sich in dieser Sache nicht entscheiden, bis sie ihren Referenten, nämlich die Kommission, in ihrem Bericht gehört haben, der die Gründe für und gegen enthalten wird. Die Sache ist so tiefgehend und wichtig, daß ich glaube, man sollte es hier so halten, wie

bei allen Mitgliedern eines Kollegiums, wenn sie frei und ungebunden ihr Urtheil sprechen wollen. Bei mir ist auch die Möglichkeit denkbar, daß ich mich gegen diesen Zollverein erkläre, wenn er mir im Ganzen nicht als nützlich erscheint, und dann habe auch ich eine Menge von Anschuldigungen zu auf mich zu nehmen, die ich ebenfalls mit Indignation zurückweise. Ich wiederhole es, nicht der Zeitungsartikel liegt mir am Herzen, sondern die Erklärung eines bedeutenden Mannes der Regierung, der alles adoptirt hat, was darin steht, und deshalb muß man ihn zurückweisen. Ich gebe zu, daß es keine Erklärung der Regierung ist, allein wenn sie auch nur von einem Mitgliede, aber von einem gar wichtigen Mitgliede derselben herrührt, so muß sich darüber ausgesprochen werden. — Was würden Sie von dem Urtheile eines Gerichts halten, wenn auf diese Weise von irgend einer Parthie darauf eingewirkt werden wollte? Ich halte das dadurch gewählte Mittel für ein durchaus verwerfliches, um für die Zustimmung des Zollvereins zu wirken, und wenn ich leidenschaftlich wäre, und mir bei Beurtheilung des pro und contra Zweifel obwalteten, so könnte mich dieses gewählte Mittel gerade veranlassen, dagegen zu stimmen. Es ist ein heftiger Angriff auf die Männer geschehen, die hier frei ihrem Eid gemäß zu sprechen haben, und gleichsam eine Drohung gegen die Staatsbeamten, die hier ungefähr zur Hälfte sitzen, und deren Abgeordneteneid mit dem Staatsdienereid in Collision kommen muß, ausgestoßen worden, indem von demselben Herrn Regierungskommissär, welcher den Inhalt des Artikels genehmigte, bei einem andern Anlaß gesagt wurde, man werde alle Staatsdiener erreichen, die nicht im Geist und Sinn der Regierung handeln.

Staatsminister Winter: Davon habe ich nichts gehört.

Gerbel: Es ließe sich dies nöthigenfalls nachweisen. Alle Diejenigen, die nicht für den Zollverein gestimmt sind, wurden Faktionsmänner, unverständige und kurzfristige Leute und was dergleichen Ehrentitel mehr sind, genannt, und diese Erklärung muß mit Indignation zurückgewiesen werden, wenn der Deputirteneid nicht Lücken erhalten solle. Ich unterstütze daher die Anträge der Abgeordneten Welcker und Treurt.

Fecht: Da man von mehreren Seiten zu bedauern schien, daß zur Tagesordnung geschritten wurde, als früher dieser Gegenstand in Anregung kam, und ich auch einigen Antheil an dieser Tagesordnung zu haben glaube, so muß ich mich vorerst hierüber aussprechen. Ich sah nämlich, daß derjenige

Regierungskommissär, dessen Abwesenheit ich heute wirklich sehr bedauere, indem ich, wenn ich mit einem Mann zu sprechen habe, ihm gern ins Angesicht sehe, — nicht in der ruhigen Fassung war, die ein Staatsmann durch längere Übung sich erwirbt; und bei der großen Achtung, die ich vor diesem Minister habe, der, wie ich nie vergessen werde, unsere Finanzen, welche früher so sehr in Unordnung waren, in Ordnung brachte, und dadurch manche Segnungen über unser Volk ergoß, war mir darum zu thun, daß die Discussion um seinetwillen und um der übrigen Regierungskommissäre Willen, die nach ihrer Stellung vermuthlich ihn am Ende unterstützen zu müssen glaubten, abgebrochen werde. Diese Discussion suchte ich auch um der Ehre der Kammer willen zu unterbrechen, denn eine Kammer, die nicht fest auf ihre Ehre hält, verdient nicht, daß sie länger beisammen ist. Wir wurden aber wirklich an unserer Ehre angegriffen, was auf so manchem Gesicht lag, das von dem tiefen Schmerz Kunde gab, der in manches Herz gedrungen ist. Man brauchte auch kein großer Menschenbeobachter zu seyn, um dieses schmerzliche Gefühl wahrzunehmen. Ein solcher Schmerz geht dann leicht in Zorn über und im Zorn thut man nicht leicht, was vor Gott und Menschen recht ist. Deswegen war mir darum zu thun, daß diese Leidenschaftlichkeit, die nie etwas Gutes wirkt, nicht zu weiterem Ausbruch komme. Auch ich erwartete überdies mit einem andern Redner, daß, da auch hier das Sprichwort Anwendung leidet: interdum bonus dormitat Homerus, d. h.: auch ein braver Mann kann zu einem Fehler hingerissen werden, die Herrn Regierungskommissäre ihre Kollegen auffordern oder bitten würden, die beleidigte Kammer . . .

Schaaß: Die Kammer ist nicht beleidigt worden, ich muß diese Aeußerung zurückweisen. Ich werde nie eine Beleidigung auf mir sitzen lassen.

Fecht: Lassen Sie mich aussprechen, da Sie hernach reden und den Minister vertheidigen können. Ich bitte, mich im Wort zu schützen.

Präsident fordert den Abg. Schaaß, der sich aufs Neue erhoben hatte, auf, den Redner nicht zu unterbrechen.

Fecht: Ich sage nochmals die beleidigte Kammer; denn ein großer Theil derselben ist gegen den Zollverein und die schmählichen Ausdrücke, die ich nicht mehr in den Mund nehmen will, sind gegen sie gebraucht worden. Wenn das der Geist einer Kammer seyn soll, daß wenn man nur

verschiedene Meinungen hegt, man zugiebt, man dürfe eine Minorität, wie sie hier vielleicht bei dieser wichtigen Sache Statt findet, auf diese Weise behandeln, dann könnte man sagen, daß der gute Geist aus derselben gewichen sei. Wenn ein Gegner von mir an dieser heiligen Stätte von der Regierung gekränkt worden wäre, so würde ich mich gleichwohl mit Eifer seiner annehmen, denn ich vertheidige nicht bloß seine, sondern unsere Ehre, und diese Ehre haben wir zu wahren, statt daß eine solche Ehrenerklärung folgte, kamen ähnliche Aufsätze in derselben Zeitung, die doch immer halb officiellen Charakter trägt. Ich will den Ausdruck nicht wiederholen, womit der Herr Regierungskommissär seine Rede begonnen hat, kein Beweis von sehr großer Achtung gegen die Kammer, aber das muß ich angreifen, daß er sagt, er könnte es rechtfertigen, was ein anderer Herr Regierungskommissär behauptet hatte; ich bin doch begierig, ob es möglich ist, in den Augen unseres Volks und in einer gebildeten Residenz solche Ausfälle, wie die geschehenen zu rechtfertigen. Auf diesem Wege, meine Herren von Seiten der Regierung, erreichen Sie Ihren Zweck nicht. Ich habe den Ausfall des Herrn Finanzministers in dem mildesten Sinne ausgelegt, denn Manchem hat es sogar geschienen, als wolle er damit jenen Mann niederdonnern, der in ganz Deutschland hoch geachtet ist. Das könnte aber nur etwa ein Napoleon, aber es kann es kein Minister eines deutschen konstitutionellen Staates.

Eine Beleidigung, sage ich, war es besonders gegen die älteren Mitglieder der Kammer. Wir haben lange hier mit einander gearbeitet, und ich möchte wissen, ob Jemand auftreten und sagen kann, wir hätten je die Achtung gegen die Regierung verletzt. Ist nun eine solche Behandlung der Dank für die Anstrengungen in unserem Beruf? Ist dies der Dank dafür, daß wir unseren Familien so viele Opfer bringen, daß man so Manchen unter uns nur als Organ betrachtet, das man vom Körper austossen zu können glaubt, wenn dasselbe nicht im Sinne der Minister spricht und stimmt? Gerade gegen diese Männer ist die Verletzung am schwersten. Ungeachtet nämlich das Volk in den Protokollen von den Gefahren las, wenn zu viele Angestellte gewählt würden, so hat es doch mit dem schönen deutschen Vertrauen — o du gutes deutsches Volk, wie wirst du von so Manchem verkannt! — doch wieder solche Angestellte gewählt, und dadurch ausgesprochen, wir halten euch für edle Männer; wir wissen, daß euch im Voraus gedroht ist,

wir kennen die Schreiben, die an Euch erlassen wurden und wie der Urlaub lautet, aber doch wählen wir Euch. Liegt darin nicht die größte moralische Aufforderung, das mächtigste Motiv, um auch diesem Vertrauen zu entsprechen? Der Herr Regierungskommissär hat aber dadurch, daß er dieses schöne Gefühl des Dankes und der Anerkennung verletzete, weniger dem Volk, als sich selbst wehe gethan, und als dies ist die Folge davon, wenn man das Volk und die Vertreter des Volks nicht gehörig achtet, was man nicht nur bei dieser Veranlassung, sondern bei noch mehreren andern, welche die Herren wohl kennen, hat durchschimmern lassen. Ich will allerdings lieber eine etwas herbe Regierungskommission als eine falsche; ich will lieber dort auf jenen Bänken tüchtige, taktmäßige Geschäftsmänner sitzen sehen, welche die Formen der Höfe nicht so ganz beobachten, als kenntnißlose Männer, aber Alles hat sein Maß und Ziel, und dieses Ziel hat man hier völlig überschritten. Um der Würde der Kammer willen und um uns in den Augen des Volks und ganz Deutschlands nicht herabzuwürdigen, trage ich darauf an, daß wir uns erheben und gegen diese nicht zurückgenommene Beleidigung feierliche Protestation einlegen.

Staatsminister Winter: Sie haben sich, mein Herr Abgeordneter, ein wenig erbitzt.

Fecht: Es ist kein Wunder!

Staatsminister Winter: Sie haben sich an ihren eigenen Haaren genommen. Ich läugne zum vorhinein, daß der Finanzminister die Kammer hat beleidigen wollen, wenn ich auch die Ausdrücke nicht billige; ich läugne, daß ich gesagt habe, der Finanzminister habe die Ausdrücke in dem Zeitungsartikel auf die Kammer bezogen. Ich habe nur gesagt, daß etwas harte Ausdrücke gefallen seien in seinem gerechten Unwillen und in der Aufwallung; ich habe aber nicht gesagt, daß ich die Ausdrücke des Zeitungsartikels rechtfertige, daran habe ich nie gedacht, und der Finanzminister hat auch diese Absicht nicht gehabt; er hat bloß gesagt, die Volksverführer werden wir zu finden wissen und das sage ich auch; weder er aber noch ich haben gesagt, daß in der Kammer Volksverführer sind.

Platz: Auch ich habe nicht die Ueberzeugung, daß durch jenen Artikel die Kammer im Allgemeinen hatte beleidigt werden wollen. Als ich diesen Artikel las, war meine Meinung die, daß derselbe bloß gegen Diejenigen gerichtet sei, die in dieser Sache nach dem Grundsatz handeln zu wollen

schiene, der Zweck heilige die Mittel. Es ist aber auch nicht zu läugnen und notorisch, daß Gerüchte verbreitet wurden, als ob das Ministerium uneinig und es der Regierung selbst angenehm sei, wenn der Zollvertrag verworfen werde, daß ferner das Volk mit allerlei Gerüchten von Abgabenerhöhung heimgesucht wurde, die sämtlich irrtümlich sind und keineswegs dazu beitragen konnten, um im Volke ein unbefangenes Urtheil über die Sache hervorzurufen. Da man aber an die Stimme des Volks in dieser Sache appellirt und es aufgefordert hat, durch seine Stimme ein Gewicht in die Waagschale der Entscheidung zu legen, so war es an der Zeit, dasselbe über seine Irrthümer aufzuklären; denn notorisch ist, daß manche Gegner des Zollvertrags im Oberlande von falschen Voraussetzungen ausgingen. Es wäre besser gewesen, ihnen die alten Irrthümer zu benehmen, statt sie in neue zu verwickeln, und da nun solche Umtriebe Statt gefunden, so ist es kein Wunder, daß einem Mann, der so lange Zeit daran arbeitete, um einen für das Land vortheilhaften Vertrag zu Stande zu bringen, der Unwille gestiegen ist, und dieser sich etwas verb ausgesprochen hat. Ich bin aber auf das innigste überzeugt, daß er nicht die Kammer im Allgemeinen, sondern nur Diejenigen gemeint hat, die sich dieses unerlaubten Mittels bedient haben (viele Mitglieder lachen). Es ist mir gleichgültig, ob Sie lachen und Sie können sich also dasselbe sparen. Ich spreche meine Ueberzeugung aus, so gut wie jeder Andere und will Niemand zu nahe treten, aber wenn geläugnet werden will, daß man mit ungünstigen Vorurtheilen aufgetreten ist, und indem man an das Volk appellirte, statt ihm seine Irrthümer, seinen Wahn und Vorurtheile zu benehmen, man dasselbe in allen diesem festgehalten hat, so wird es auch erlaubt seyn, unwillig darüber zu werden. Man hat Petitionen veranlaßt, ohne daß das Volk im mindesten von dem Vertrag unterrichtet war. Diese Petitionen haben offenbar keinen Werth; mehr wohl die, welche man freilich kommandirt genannt hat, weil sie für den Anschluß lauten; denn es spricht sich in ihnen eine durch keine Gerüchte und dergleichen verfälschte Volksstimme aus, sondern die eines begründeten, wenn auch nur lokalen Interesses. Ich könnte übrigens Beweise anführen, auf welche Weise in Zeitungen die Stimme des Volks bearbeitet wurde, und bin erbötig, privatim dieselben einstweilen mitzutheilen. . . .

Mördes: Ich wünsche eine öffentliche Mittheilung. Mehrere andere Mitglieder verlangen dasselbe.

Platz: Im badischen Volksblatt vom vorigen Jahre ist ein Artikel von einem Kaufmann in Wertheim erschienen...

Präsident: Ich bitte, doch ja bei der Frage stehen zu bleiben.

Mördes: Die Umtriebe, die in Beziehung auf den Zollverein gemacht worden sind, sollen bewiesen werden.

Platz: Seit Jahren sucht man einzuwirken, sobald nur die Frage in Anregung gebracht worden war.

Knapp: Indem ich mich mit dem Abg. Welcker einverstanden erkläre, gestehe ich, daß ich nicht nur den bezeichneten Zeitungsartikel, sondern auch die darauf gefolgten bedauerte, denn der Ton der Höflichkeit war wahrlich in denselben nicht zu finden. Die Antwort darauf ist in der nämlichen Art gleichsam als Wettschlag gegeben, und da nun die Sache durch diesen Wettschlag ausgeglichen ist, so schlage ich die Tagesordnung vor.

v. Hystein: Ich habe den fraglichen Artikel der Karlsruher Zeitung als Zeitungsartikel mit derjenigen Verachtung von mir gewiesen, die er als solcher verdient, und es war mir daher schmerzlich, daß ein Regierungskommissär in öffentlicher Kammer, nachdem allerdings schon in der Kommission etwas Aehnliches geschehen war, erklärt hat, daß er ihn Wort für Wort theile. Dieser Artikel und diese Erklärung war mir um so schmerzlicher, als ich und die Kammer von dem Manne, von welchem sie herkam, den Ton nicht gewohnt bin, der in dem Zeitungsartikel liegt. Ich enthalte mich aber jeder bitteren Aeußerung über diesen Artikel, weil der Mann, den die Sache betrifft, nicht anwesend ist, und weil ich es nach meinem Gefühl nicht über mich gewinnen kann, gegen einen Abwesenden etwas Hartes zu sagen. Jedensfalls hat aber dieser Artikel durch jene Erklärung einen etwas officiellen Charakter erhalten, und zwar um so mehr, als der fragliche Regierungskommissär gerade derjenige ist, der das ganze Geschäft leitete, von dem der Artikel handelt, nämlich den Zollverein, und aus dieser Rücksicht halte ich zu Wahrung der Würde der Kammer für nothwendig, dem Antrag des Abg. Welcker beizutreten.

Merk: Die Kammer hat in dieser Sache eigentlich schon einen Beschluß gefaßt, der auf die Tagesordnung gerichtet war, und man hat damals nur dem Abg. Welcker das Wort vorbehalten, um die von ihm bezeichnete Erklärung nachzutragen, nicht aber zu dem Zweck, eine neue Verhandlung zu beginnen und einen neuen Beschluß zu fassen. Ich glaube deßhalb, daß die Tagesordnung zu beschließen nicht

nothwendig ist, sondern nach den weiteren Erklärungen, die gefallen sind und das bestätigen, was schon damals viele Stimmen ausgesprochen haben, faktisch zur Tagesordnung übergegangen werden kann.

Solche Vorkommnisse, wie sie sich hier zugetragen haben, müssen Schlag auf Schlag erledigt werden, und so ist es auch gegangen, denn der Abg. v. Korteck ist nicht der Mann, der in dieser Hinsicht etwas schuldig bleibt, sondern auf der Stelle seine Antwort giebt. Seine Replik hat vielfache Beistimmung in der Kammer gefunden, sie hat auch die gehörige Publicität gewonnen, und es wird in dieser Hinsicht geschehen seyn, was die Kammer im Allgemeinen nur wünschen kann. Die Reassumption solcher Vorfälle nach langer Zeit, halte ich nicht einmal für recht parlamentarisch, und es ist mir auch kein Beispiel bekannt, daß im französischen und englischen Parlament solche Dinge immer wieder aufs Neue zur Sprache kommen, freilich, wenn man glauben könnte, daß jener Artikel durch die von einem Regierungskommissär geschehene Adoption einen psychologischen Zwang auf die Kammer ausüben könnte, so würde man ihn förmlich zurückweisen müssen, allein da dies nicht der Fall ist, so trage ich darauf an, geradezu und ohne weiteren Beschluß zur Tagesordnung überzugehen, und will nur noch bemerken, daß der Antrag des Abg. Welcker von dem des Abg. Gerbel verschieden ist, denn nicht die Zurückweisung des Artikels hat der Abg. Welcker in Antrag gebracht, sondern die Erklärung des Herrn Regierungskommissärs, obgleich wir nicht recht wissen, ob er diese Erklärung als Regierungskommissär gegeben hat oder nicht.

Welcker: Ich habe gewünscht, daß die Kammer die in jenem Artikel enthaltenen Insinuationen, Anschuldigungen und Drohungen mit Indignation zurückweisen möge, und bemerke nun zugleich, daß ich das unparlamentarische Wort, womit der Herr Regierungskommissär seine Rede gegen mich eröffnet hat, entschuldige.

Staatsminister Winter: Sie haben abgestimmt, Sie haben dem Abg. Welcker das Wort gegeben, daß er sich in jener Sitzung, wo dieser Gegenstand zur Sprache gebracht worden war, vorbehalten hat. Er hat nun das gesagt, was er hat sagen wollen, und damit hätte die Diskussion sollen beendigt werden. Ich vernehme erst jetzt, daß über die ganze Sache damals schon abgestimmt worden ist. Wenn ich dies früher gewußt hätte, so würde ich in Antrag

gebracht haben, zur Tagesordnung überzugehen, weil jede weitere Diskussion darüber unnötig ist.

Welcker: Damals hatte es sich nur um die Diskussion gehandelt, welche wegen des in der Zeitung enthaltenen Briefs veranlaßt worden ist, und nur darüber ist abgestimmt worden, nicht aber über die beleidigende Bemerkung, die der Herr Finanzminister der Kammer gemacht hat.

Schaff: Gleichzeitig wurde auch über diesen Zeitungsartikel gesprochen, was Jeder bestätigen wird, der damals anwesend war. Was wir selbst gehört haben, wissen wir, und der Abg. Welcker wird uns nicht schwarz für weiß vormachen wollen! Ich bitte um Abstimmung auf meinen Antrag zur Tagesordnung.

Staatsminister Winter: Es ist in Wahrheit dieses eine aufgewärmte Sache.

Bader: Ich theile ganz das, was der Abg. Welcker gegen jenen Zeitungsartikel oder vielmehr gegen die darin enthaltenen leidenschaftlichen Ausdrücke und Schmähungen gesagt hat, ich glaube aber nicht, daß die Kammer gegen einen Zeitungsartikel, oder wenn sie auch annehmen könnte, daß dieser Artikel von einem höhern Staatsbeamten herrühre, gegen die Aeußerungen dieses Beamten einen Beschluß fassen sollte, besonders, da derselbe, wie wir kaum von dem Herrn Minister des Innern gehört haben, diese Aeußerungen in keinem Falle in der Eigenschaft eines Regierungskommissärs gemacht hat. Wir müßten ohnehin gleichsam einen Beschluß fassen, die Kammer wolle bei ihrer künftigen Abstimmung nicht befangen seyn. Ich finde es der Würde derselben angemessen, daß einzelne Stimmen die leidenschaftlichen Ausdrücke jenes Artikels, in so fern sie gegen Mitglieder der Kammer gerichtet wären, mit Indignation zurückweisen. Ich thue dieses hiermit auch, aber ich verwahre mich gegen einen förmlichen Beschluß der Kammer, denn einem solchen müßte die Berathung des Gegenstandes in den Abtheilungen und einer Kommission vorausgehen.

Es wurde hierauf der Antrag zum Uebergang auf die Tagesordnung angenommen.

Der Präsident bemerkt sodann, daß der Bericht über den Gesetzesentwurf wegen Abtretung des Eigenthums auch heute nicht zum Vortrag gebracht werden könne, weil es, ungeachtet angestrebter Sitzungen, der Kommission doch nicht möglich gewesen ist, die Berlesung zu vollenden.

Die Tagesordnung führt sodann zur Diskussion des Be-

richts des Abg. Kettig, wegen Bestreitung der Gemeindebedürfnisse.

Vorher erstattet jedoch

- v. Rotteck Bericht über mehrere Petitionen, die Gemeindebedürfnisse betreffend, namentlich über die Petitionen:
- 1) der Gemeinden Prechthal, Oberwinden, Niederwinden, Bleibach, Gutach, Kolnau, Bittchholz und Ohrensbach;
 - 2) mehrerer Gemeinden des Amtsbezirks Oberkirch, namentlich Erlach, Renchen, Ulm, Haslach, Thiergarten und Stadelhofen;
 - 3) mehrerer Gemeinden des Oberamtsbezirks Offenburg, namentlich Altenheim, Appenweier, Ohlsbach, Durbach, Schutterwald, Urloffen u.;
 - 4) mehrerer Bürger in Hauenstein und Zwing und Vann von St. Blasien, unterzeichnet von elf und zwanzig Bürgermeistern, auch mehreren Gemeinderäthen und Wahlmännern.

Beil. Nr. 1

worüber nach dem Antrag die Tagesordnung beschlossen wird.

Als der Vicepräsident Dutlinger die Diskussion über den Gesetzesentwurf, die Bestreitung der Gemeindebedürfnisse betreffend, im Allgemeinen eröffnen wollte, und bemerkte, daß der Abg. Mittermaier, der sich als Redner eingeschrieben habe, im Augenblick unpäßlich geworden sei, stellt der Abgeordnete

v. Rotteck den Antrag, die ganze Diskussion auf die nächste Sitzung zu verschieben, indem einerseits diese Unpäßlichkeit nicht lange dauern und andererseits sehr zu bedauern seyn würde, wenn man nach geschlossener allgemeiner Diskussion von der Rede, des mit diesfälligen Erfahrungen und Kenntnissen so reich ausgestatteten Abg. Mittermaier keinen Vortheil mehr ziehen könne.

Kettig v. K. unterstützt den Antrag dahin, daß die Diskussion im Allgemeinen eröffnet, aber nicht geschlossen werde, ehe der Abg. Mittermaier gesprochen habe, da doch die Hauptsache seyn werde, daß man ihn höre und es nicht darauf ankomme, ob er zuerst oder zuletzt spreche.

v. Rotteck: Wenn Diejenigen, die über den Gesetzesentwurf im Allgemeinen sprechen wollen, ihre Ausarbeitungen als ein fertiges Ganzes vor sich liegen hätten und es bloß ablesen wollten, so wäre es allerdings gleichgültig, ob dies früher oder später geschähe; allein das ist nicht die Art und Weise, wie bei uns die Diskussionen Statt finden, da eine frühere Rede den nachfolgenden Rednern Stoff zu Abänderun-

gen, Widerlegungen und Gegenbetrachtungen liefert. Darum wünsche ich, der ich auch über den Gesetzesentwurf im Allgemeinen sprechen will, zum Behuf meiner eigenen Gedankenäußerung zuerst zu wissen, was der Abg. Mittermaier in seinem gewiß gründlichen Vortrag sagen will.

Sander unterstützt den Antrag des Abg. Kettig, da dieser ganz dem bisherigen Verfahren in der Kammer entspreche.

v. Rotteck: Nicht bloß in meinem Interesse, sondern im Interesse aller Mitglieder, habe ich meinen Antrag gestellt, wofür noch außerdem das spricht, daß das, was man heute gesprochen hat, morgen den Eindruck nicht mehr macht, sondern gewissermaßen verloren ist.

Ministerialrath Bekk: Es fragt sich, ob nicht eines oder das andere Mitglied die Absicht hat, nicht nur über das ganze Gesetz zu sprechen, sondern ein ganz anderes System vorzuschlagen. Wenn diese Absicht vorhanden ist, könnte unbedingt die Diskussion jetzt eröffnet werden, da über einen solchen Antrag recht wohl gesprochen werden könnte, immer vorbehaltlich weiterer Anträge, die etwa der Abg. Mittermaier stellen will. Wenn dagegen bloß über den Gesetzesentwurf im Allgemeinen gesprochen werden wollte, worauf man dann bloß zu den einzelnen Paragraphen überzugehen hätte, dann könnte die Diskussion nicht Statt finden, ehe der Abg. Mittermaier gehört seyn wird. Im entgegengesetzten Falle aber müßte die Sache doch an die Kommission zurück, wo es dann noch Zeit genug wäre, den Abg. Mittermaier zu hören.

Trefurt wünscht die alsbaldige Eröffnung der allgemeinen Diskussion und die Fortsetzung derselben am morgenden Tage, darum, weil, was Gott verhüten wolle, die Unpäßlichkeit des Abg. Mittermaier längere Zeit anhalten, die Berathung dieses Gesetzes aber doch nicht ins Unendliche verschoben werden könnte.

v. Isstein unterstützt den Antrag des Abg. v. Rotteck, einmal, weil anzunehmen sei, daß der Mann, der im Jahr 1831 Berichterstatter über die Gemeindeordnung gewesen, also schon darum die Verhältnisse sehr genau kenne, aber auch eine ausgebreitete Kenntniß in Beziehung auf andere Gesetzgebungen besitze, Ansichten mittheilen werde, die vielleicht den Ansichten der andern Redner und überhaupt der ganzen Verhandlung eine Richtung geben würde, die sich jetzt nicht voraussehen lasse.

Sodann aber dehnte er den Antrag des Abg. v. Rotteck noch dahin aus, erst am nächsten Montag die fragliche Dis-

kussion vorzunehmen, und zwar im Interesse der Beförderung der Geschäfte, namentlich derjenigen der Budgetkommission, in welcher morgen ein umfassender Vortrag über die Nachweisungen gehalten und berathen werden solle.

Bader unterstützt den Antrag des Abg. v. Isstein, weil auch die Kommission für den Gesetzesentwurf wegen der Eigenthumsabtretung noch mehrere Sitzungen zu halten habe, bis der Bericht zum Vortrag reif sei.

Aschbach und Welcker treten ebenfalls dem Antrag des Abg. v. Isstein bei und sprechen den Wunsch aus, daß auch die Kommission für die provisorischen Gesetze die Zwischenzeit für ihre Arbeiten benütze, so wie auch der Zusammentritt der Kommission für die v. Rotteck'sche Motion veranlaßt werden möchte.

Kettig v. K.: Nach den geschehenen Erklärungen nehme ich meinen Antrag zurück, aus Pietät gegen unseren verehrten Präsidenten, und weil ich so eben die angenehme Nachricht erhalten habe, daß die nächsten Tage ganz besonders segensreich seyn werden, indem das, was mehrere Kommissionen in sechs Wochen nicht zu Stande gebracht haben, nun bis nächsten Montag zur Reife gedeihen wird.

Nachdem nun noch der Abg. Eläs auf sein Ansuchen einen Urlaub von 14 bis 17 Tagen erhalten hatte, wird die heutige Sitzung geschlossen und die nächste nach dem Antrag des Abg. v. Isstein auf künftigen Montag festgesetzt.

Zur Beurkundung:

Der erste Vicepräsident: Duttlinger.

Der dritte Sekretär:

A. Schinzinger.

Beil. Nr. 1 zum Protokoll der 28. öffentlichen Sitzung vom 12. Juni 1835.

Bericht der Petitionskommission über mehrere, die Abänderung einiger Paragraphen der Gemeindeordnung verlangende Petitionen; erstattet von dem Abg. v. Rotteck.

Meine Herren!

Ihre Kommission will für heute aus der Zahl der über den benannten Gegenstand eingekommenen Petitionen nur über diejenigen Bericht erstatten, welche mit dem der

Kammer vorgelegten Gesetzentwurf, die Bestreitung der Gemeindebedürfnisse betreffend, in näherem oder entfernterem Zusammenhange stehen; und sie wird dabei, da die zur Begutachtung dieses Gesetzentwurfs ernannte Kommission ihre Arbeit bereits vollendet hat, demnach die fraglichen Petitionen ihr nicht mehr zugewiesen werden können, der Angabe des Inhaltes auch eine wenigstens summarische Begutachtung beifügen.

Die erste dieser Petitionen ist eingereicht von den Gemeinden Prechthal, Oberwinden, Niederwinden, Bleibach, Gutach, Kollnau, Buchholz und Ohrensbach, sämmtlich aus dem Bezirksamt Waldkirch.

Sie enthält vier Bitten, wovon wir jedoch vorläufig nur über zwei zu berichten haben, da die beiden andern auf unseren vorliegenden Gesetzentwurf keine Beziehung haben und darum füglich gemeinschaftlich mit den übrigen in Betreff der Gemeindeordnung eingekommenen Petitionen zu begutachten sind.

Die erste Bitte der genannten Gemeinden geht dahin, daß in den Fällen, wo die Einnahmen aus dem Gemeindevermögen zur Deckung der Gemeindeausgaben hinreichen, die Gemeindebürger von dem Beitrag zu dem nach §. 61 der Gemeindeordnung auf sämmtliche Steuerpflichtige der Gemarkung umzulegenden Drittel befreit und nur jener Antheil davon bezogen werden möchte, welchen die Ausmärker daran zu tragen haben. Dieser Bitte ist, was die Bürger betrifft, durch den neuen Gesetzentwurf, der da nicht nur zwei Drittel der Gemeindeausgaben (wie das Gesetz vom Jahr 1831 gethan), sondern das Ganze derselben aus den Gemeindeeinkünften bestritten wissen will (in so fern dieselben zureichend sind), bereits entsprochen; und da auch der Kommissionsbericht und Antrag solchem Prinzip gemäß lautet, so bleibt der Petitionskommission hier nichts weiter zu begutachten übrig.

Die zweite Bitte geht dahin, daß im Gesetz genauer bestimmt werden möchte, daß bei Vergütung der Fuhrfrohnden (§. 68 d. G.D.), die für ein Pferd angelegten 40 fr. per Tag nicht ausschließen sollen die dem Führer des Pferdes gebührende Vergütung für solchen Handdienst des Führens, und auch nicht die billige Vergütung für Wagen und Geschirr, wenn der Fuhrfröhner solche außer dem Zugvieh zu liefern angehalten ward.

Dieses Verlangen scheint Ihrer Kommission allerdings begründet, und es wird wohl bei der Diskussion des §. 20

(§. 23), der von der Kommission vorgelegten Gesetzredaktion die geeignete Rücksicht darauf genommen werden.

Die zweite Petition ist eingereicht von einer Anzahl Gemeinden des Bezirksamts Oberkirch, namentlich Erlach, Rechen, Ulm, Hasloch, Thiergarten und Stadelhofen. Sie enthält zwei Bitten, nämlich:

1) daß der §. 60 der Gemeindeordnung, welcher von den Auflagen auf die Bürgernutzungen spricht, jedoch einen halben Morgen Wiesen, einen halben Morgen Acker und zwei Klastern Gabholz frei zu lassen besteht, abgeändert werde, weil nämlich durch solche Freilassung den Bürgern, welche ein Steuerkapital besitzen, eine entsprechend schwerere Last aufgebürdet werde. Es solle demnach festgesetzt werden, daß, wenn durch die ordentlichen Einnahmen der Gemeinde nicht zwei Drittel der Bedürfnisse gedeckt werden, der Rest auf den Allmendgenuß und Holzbezug umgelegt werden dürfe, und nur, wo auch diese Umlage nicht hinreicht, eine weitere auf das Steuerkapital der Gemeindebürger Statt finden solle.

Im Zusammenhang mit dieser ersten Bitte steht auch die zweite, welche nämlich den §. 91 der Gemeindeordnung, welcher das oben bestimmte Maß der Bürgernutzung für frei von jedem gerichtlichen Zugriff erklärt, dahin abgeändert haben möchte, daß wegen rückständigen Gemeindschuldigkeiten der Zugriff auch auf den Ertrag der Allmendgüter und auf den Holzbezug Statt finden solle.

Von ganz ähnlichem Inhalt nach Gegenstand, Begründung und Bitte, ist eine weitere Petition einer Anzahl Gemeinden des Oberamts Offenburg, namentlich von Altsenheim, Appenweiler, Ohlsbach, Durbach, Schutterwald, Urloffen, Ortenberg, Hofweiler, Zunsweiler und von noch acht andern Gemeinden, deren Namen aber die unterzeichneten Bürgermeister anzuführen vergessen haben.

Da der Kommissionsbericht, über den die Bestreitung der Gemeindebedürfnisse betreffenden neuen Gesetzentwurf diesen Gegenstand wenigstens in Bezug auf die Besteuerung bereits begutachtet hat, so bleibt der Petitionskommission darüber nichts weiteres zu sagen übrig. Die Interessen der Reichen, d. h., der ein Steuerkapital Besizenden, stehen hier allerdings mit jenen der Armen im Widerstreit. Aber die Entscheidung des Streits kann nur von der Aufstellung eines aus allgemeinen, zumal Rechtsgründen anzunehmenden Prinzips über die Berechtigung zum Gemeindegut und Verpflichtung zur Gemeindelast abhängen.

Die Diskussion des neuen Gesetzentwurfs über den Ge-

meindehaushalt und insbesondere des §. 2 (S. 2, 3) der uns vorliegenden Kommissionsredaktion, wird uns zur Aufstellung eines solchen Prinzips von selbst nöthigen, und es werden dadurch diese zwei Petitionen ihre befriedigende Erledigung erhalten. Ihre meist aus besondern Verhältnissen abfließende Motivirung kann fürs Allgemeine nicht entscheidend seyn, und die fürs Allgemeine richtigen Rücksichten sind in dem Kommissionsbericht über das oft bemerkte Gesetz bereits angedeutet.

Endlich liegt uns noch vor eine Bitte der Bürger in Hauenstein und Zwing und Bann von St. Blasien, unterzeichnet von etlich und 20 Bürgermeistern, auch mehreren Gemeinderäthen und Wahlmännern, die sich stets mehrenden Gemeindelasten betreffend, und dahin gehend, die Kammer wolle in Berathung ziehen, ob sich nicht Mittel ausfindig machen lassen, wie dem steten Wachsen der Gemeindelasten könnte vorgebeugt werden. Sie meinen, dasselbe könne geschehen:

1) durch Erleichterung des Zusammentritts kleinerer Gemeinden in einen größeren Gemeindeverband.

2) Durch Aufhebung der Besoldung für Führung der Nachtzettelbücher, und abwechselnde unentgeltliche Führung derselben durch taugliche Bürger.

3) Durch Aufhebung der Abgabe für Fertigung der Duplikate der Standesbücher an die Pfarrer aus den Gemeindefassen.

4) Durch Uebernahme der Kosten für die Feuerschau auf die Staatskasse.

5) Durch Uebernahme der Kosten für Schulprüfungen so wie der beantragten Erhöhungen der Schullehrerbesoldungen auf die Staatskasse.

Endlich wurde, wie die Petenten erklären, bei allgemeiner Berathung folgender Zusatz zu Ziff. 4 einstimmig beschlossen: es könnte die Feuerschau erleichternd für Staats- und Gemeindefassen durch den Ortsvorstand mit Zugug eines Maitrers oder Zimmermeisters aus dem eigenen Orte, oder in Abgang dessen, mit Zugug des nächsten Baumeisters vorgenommen werden, und der Absicht würde dadurch entsprochen, daß tüchtige Kaminfeger die Kontrolle für die Feuerschauer abgeben.

Ihrer Kommission, meine Herren, schienen diese Anträge theils zu unerheblich, theils zu wenig begründet, um ihre Berathung im Wege der Motion in Vorschlag zu bringen, theils finden sie (wie namentlich Punkt 1) ihre hinlängliche Befriedigung bereits in dem bestehenden Gemeindegesetz, theils endlich sind sie (wie insbesondere Punkt 5) durch die jüngst gepflogene Verhandlung über das Schulgesetz erlediget.

Hiernach schlägt Ihnen Ihre Kommission über die letztbemerkte Petition einfach die Tagesordnung vor, und über die andern die etwa geeignete Berücksichtigung bei der bevorstehenden Diskussion des neuen Gesetzentwurfs über die Bestreitung der Gemeindebedürfnisse.

Die Kammer beschloß, die Petitionen in Betreff der Aufhebung der Besoldung für die Führung der Nachtzettelbücher, der Aufhebung der Abgabe für die Fertigung der Duplikate der Standesbücher an die Pfarrer aus den Gemeindefassen, der Uebernahme der Kosten für die Feuerschau auf die Staatskasse, und der Uebernahme der Kosten für die Schulprüfungen so wie der beantragten Erhöhungen der Schullehrerbesoldungen auf die Staatskasse, in die Tagesordnung zu setzen, und die Petitionen in Betreff der Erleichterung der Feuerschau durch den Ortsvorstand mit Zugug eines Maitrers oder Zimmermeisters aus dem eigenen Orte, oder in Abgang dessen, mit Zugug des nächsten Baumeisters vorgenommen werden, bei der Diskussion des neuen Gesetzentwurfs über die Bestreitung der Gemeindebedürfnisse zu berücksichtigen.

Die Kammer beschloß ferner, die Petitionen in Betreff der Aufhebung der Besoldung für die Führung der Nachtzettelbücher, der Aufhebung der Abgabe für die Fertigung der Duplikate der Standesbücher an die Pfarrer aus den Gemeindefassen, der Uebernahme der Kosten für die Feuerschau auf die Staatskasse, und der Uebernahme der Kosten für die Schulprüfungen so wie der beantragten Erhöhungen der Schullehrerbesoldungen auf die Staatskasse, in die Tagesordnung zu setzen, und die Petitionen in Betreff der Erleichterung der Feuerschau durch den Ortsvorstand mit Zugug eines Maitrers oder Zimmermeisters aus dem eigenen Orte, oder in Abgang dessen, mit Zugug des nächsten Baumeisters vorgenommen werden, bei der Diskussion des neuen Gesetzentwurfs über die Bestreitung der Gemeindebedürfnisse zu berücksichtigen.